Frankreich-Jahrbuch 2000

Frankreich-Jahrbuch 2000

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
Geschichte, Kultur

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

in Verbindung mit

Lothar Albertin · Wolfgang Asholt ·

Hans Manfred Bock

Marieluise Christadler

Ingo Kolboom · Adolf Kimmel

Robert Picht · Henrik Uterwedde

Redaktion: Joachim Schild

Leske + Budrich, Opladen 2000

ISBN 978-3-322-94987-5 ISBN 978-3-322-94986-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-322-94986-8

© 2000 Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Leske + Budrich

Inhalt

Vorwort

Henrik Uterwedde

Neues Jahrhundert, erneuertes Frankreich? 7

Themenschwerpunkt: Zukunft und Erinnerung

Hans Manfred Bock

Zwischen nationalem Gedächtnis und europäischer Zukunft.
Französische Geschichtskultur im Umbruch 33

Ingrid Gilcher-Holtey

Die Konstruktion der „*mémoire collective*“ in Frankreich
und Deutschland 51

Yves Bizeul

Die Nation als mythisches Konstrukt in Frankreich 69

Otwin Massing

Funktionskritische Anmerkungen zur „*Commémoration*“
der Französischen Revolution sowie des „8. Mai“.
Zwei Funktionsweisen und Systeme ritueller Mechanik 81

Ruth Florack

Nationenstereotype und die Konstruktion nationaler Identität.
Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich..... 93

Dietmar Hüser

Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Frankreich –
Vom zersplitterten Gedenken an den Algerienkrieg seit 1962..... 107

Klaus Peter Walter

Schwierige Vergangenheitsbewältigung. Die Okkupation Frankreichs
(1940-1944) im Spiegel von Kinofilm und Roman..... 129

Pere Joan i Tous

Une mémoire empoisonnée. Trauerarbeit und Identitätssuche im
französischen Roman jüdischer Autoren der Gegenwart 145

Gudrun Gersmann

Rues de Mémoire. Zur symbolischen Bedeutung und politischen Instrumentalisierung des Akts der Straßenbenennung im Frankreich des 19. und 20. Jahrhunderts 163

Adelheid Schumann

„Douce France“: die Aneignung der *mémoire collective* Frankreichs durch die Immigranten der zweiten Generation 179

Fabrice Larat

Instrumentalisierung des kollektiven Gedächtnisses und europäische Integration 187

Beiträge

Mechthild Veil

Konfrontation oder Konsens?
Rentensystem und Rentenreformen in Frankreich 205

Wolfgang Neumann

Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich – Übergangs- oder Strukturproblem? 225

Maike Christadler

Kunstkonzeption als Kulturmission:
Das *Centre Pompidou* als europäisches Museum 237

Rezensionen

Robert Picht

Angst vor Deutschland? Französische Bücher zur Berliner Republik 251

Dietmar Hüser

Beschwerlicher Beginn trotz günstiger Gegebenheiten:
das deutsch-französische Verhältnis 1949-1963 in neueren Editionen 259

Dokumentation

Chronik Juli 1999-Juni 2000 267

Sozioökonomische Basisdaten im internationalen Vergleich 283

Deutschsprachige Literatur zu Frankreich.

Ausgewählte Neuerscheinungen 1998/1999 285

Abkürzungsverzeichnis 315

Personenregister 317

Zu den Autoren 321

Neues Jahrhundert, erneuertes Frankreich?

„Frankreich steckt mitten in einer neuen Revolution. Dieses Mal aber werden der Zentralismus, der Dirigismus und der staatslastige Sozialismus der *exception française* durch Privatisierung, Dezentralisierung und Unternehmertum ersetzt. Das Internet verändert den Umgang der Franzosen mit der Wirtschaft; eine jahrzehntelange Immigration transformiert das Land in ein multi-kulturelles Mosaik, und das rasche Wachstum der Regionen schafft neue kulturelle und ökonomische Zentren.“¹

So präsentiert das *Time Magazine* das „neue Frankreich“, dem es im Sommer 2000 ein ganzes Dossier widmete. Zwei Wochen später legt *Die Zeit* mit einem „ZEIT-Spezial Frankreich“ nach, das über alle Ressorts verteilt die grundlegenden Erneuerungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur schildert und dessen Grundmotivation Chefredakteur Roger de Weck so zusammenfasst: „Höchste Zeit, Frankreich neu zu entdecken: Es ist anders, als es war, und anders, als viele Deutsche es sehen.“ (*Die Zeit* 21.6.2000, 1)

In Frankreich schließlich beginnt die Tageszeitung *Le Monde*² eine „Enquete über ein optimistisches Frankreich“, die den Auswirkungen des wiedergewonnenen Wachstums auf Politik und Gesellschaft sowie auf das Verhältnis der Franzosen zu den Politikern nachgehen soll: „Das Klima ändert sich. Frankreich ist am Ausgang einer langen Krise, die in den 70er Jahren begann...“ (LM 6.8.2000, 6)

In der Tat: Frankreich hat im Sommer 2000 zahlreiche Gründe zur Zufriedenheit und zum Optimismus. Die Wirtschaft zeigt sich seit drei Jahren in bester Verfassung und schafft immer mehr Arbeitsplätze. Die tiefgreifenden, teilweise schon länger anhaltenden Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft wie auch die Versuche der Erneuerung der Politik beginnen, ihre Früchte zu tragen. Sie sind zwar bei weitem nicht abgeschlossen und haben – wie könnte es anders sein – häufig einen ambivalenten Charakter. Aber den

1 *Time Magazine*, Special Report: The New France, Nr. 23, 12.6.2000, hier zitiert nach www.time.com/time/europe/magazine/2000/0612/index.html.

2 Im Folgenden als LM abgekürzt.

Debatten und Kontroversen über den künftigen Weg haftet nicht mehr das selbstquälerische, verbissene Element an, das sie in den neunziger Jahren hatten. Alles deutet darauf hin, das die erfolgreiche, vor drei Jahren einsetzende Überwindung der Krise mehr Selbstvertrauen freigesetzt hat, auch mehr Mut, eingetretene Pfade zu verlassen und sich auf neue Wagnisse einzulassen. Dies gilt auf jeden Fall für die Wirtschaft, die sich in einem geradezu rasanten Wandel befindet, während sich in den gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen korporatistische Reflexe und tradierte Blockaden stärker halten. In der Politik stößt Jospins Versprechen einer Erneuerung des republikanischen Paktes und einer Modernisierung des politischen Lebens auf manche Widerstände; doch ist auch hier der Wind des Wechsels spürbar. Die Relance der deutsch-französischen Zusammenarbeit und – damit in Zusammenhang – die neue Bewegung in der französischen Europadebatte sind wiederum deutliche Anzeichen eines Wandels: Hier zeigt sich eine neue Öffnung zu Positionen, die vor kurzem noch undenkbar erschienen wären.

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik

Auch drei Jahre nach dem Beginn des Konjunkturaufschwungs von 1997 scheint die Wirtschaftsdynamik Frankreichs ungebrochen. Für das Jahr 2000 prognostiziert die OECD ein Wachstum von 3,7 Prozent (1999: 2,9 Prozent) – das wäre die höchste Wachstumsrate seit über 10 Jahren. Dennoch ist die Preisstabilität nicht gefährdet; die Inflationsrate ist seit Anfang der 90er Jahre fast ständig gesunken und liegt mit 0,4 Prozent auf einem niedrigen Niveau. Vor allem aber ist die Arbeitslosigkeit von Juni 1997 (12,6 Prozent) bis heute (9,7 Prozent im Juni 2000) ständig gesunken – Ergebnis einer Arbeitsmarktpolitik, die mit der 35-Stunden-Woche und den staatlich finanzierten Arbeitsplätzen für Jugendliche („*emplois-jeunes*“)³ starke Akzente gesetzt hat, aber auch einer Wirtschaftsdynamik, die zunehmend auch in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze entstehen lässt, und einer gestiegenen Beschäftigungsintensität des Wachstums. Insgesamt sind im Jahre 1999 454.000 neue Arbeitsplätze entstanden, für 2000 werden es wohl 500.000-600.000 sein. Das Stimmungsklima bei Konsumenten wie bei Investoren ist so gut wie nie zuvor und untermauert die günstigen Prognosen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Dieser Optimismus ist auch Ergebnis einer Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Jospin, die es trotz mancher umstrittener und auch kritikwürdiger Maßnahmen doch vermocht hat, die Stimmung im Lande umzukehren. Seit Juni 1997 setzt Lionel Jospin auf einen Kurs, der die resignative Ohnmacht des späten Mitterrand ebenso zu überwinden versucht wie den populistischen Voluntarismus des Präsidentschaftskandidaten Chirac 1995 und den

3 Vgl. hierzu den Beitrag von Wolfgang Neumann in diesem Jahrbuch.

technokratischen Reformismus seines Vorgängers Alain Juppé. Jospins Politik des linken Pragmatismus⁴ hat die engen, aber real vorhandenen Handlungsspielräume konsequent für eine Politik des Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts zu nutzen versucht – wobei ihm sicher der 1997 einsetzende Aufschwung zu Hilfe kam. Damit hat er es geschafft, das Vertrauen in die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Politik wiederherzustellen. Dieser – durch reale Fortschritte unterfütterte – Ansatz hatte psychologische Effekte, die nicht zu unterschätzen sind: Das kluge Austarieren zwischen ökonomischen Spar- und Wettbewerbszwängen einerseits, dem Ziel des sozialen Zusammenhangs andererseits, hat die Überzeugung genährt, der Globalisierung nicht machtlos ausgeliefert zu sein, sondern den Prozess aktiv mitgestalten und sozial abfedern zu können. Im Gegensatz zu denjenigen, die die Globalisierung und die notwendigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft oft als Druckmittel verwenden, das Angst erzeugt, steht ein didaktischer Ansatz, der vom früheren Finanzminister Dominique Strauss-Kahn so zusammengefasst worden ist: „Unser Ansatz ist es, [die Bürger] davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, das Risiko des Wandels einzugehen. Es geht darum, das Wachstum zum Element akzeptierter Strukturveränderungen zu machen, weil diejenigen, denen Anpassungen abverlangt werden, auch die künftigen Vorteile des Wandels erkennen können.“⁵

Diese Politik ist nicht einfach auf einen ideologischen Nenner zu bringen, weil sie klassisch-wohlfahrtsstaatliche, interventionistische und liberale Elemente gleichermaßen miteinander verbindet. Dementsprechend ambivalent sind die herausragenden Maßnahmen der Regierung Jospin in ihrer Anlage wie in ihrer Wirkung. Als herausragendes Beispiel dafür mag die Einführung der 35-Stunden-Woche dienen. Vordergründig betrachtet, handelt es sich dabei um den Rückgriff auf eine klassische, von vielen als archaisch und ökonomisch unsinnig kritisierte Politik der Umverteilung des Arbeitsvolumens. Dazu kommt, dass die Regierung den Weg einer gesetzlichen Festschreibung der Arbeitszeit wählte; ein korporatistisches „Bündnis für Arbeit“ nach deutschem Muster war schon wegen des heftigen Widerstands des Unternehmerverbandes *Medef* gegen die Arbeitszeitverkürzung nicht zu erreichen. Politisch gesehen, hat Jospin – ähnlich wie mit dem Programm „neue Dienstleistungen – emplois-jeunes“ – ein Zeichen gegen eine bis 1997 scheinbar unaufhaltsam steigende Massenarbeitslosigkeit setzen wollen.

Die vorläufige Bilanz ist gemischt: Der direkte Arbeitsplatzeffekt ist real, aber eher begrenzt und liegt weit unter den ursprünglich avisierten Hoffnungen. Der autoritäre Charakter einer von oben verordneten Arbeitszeitverkürzung wird stark relativiert durch die Spielräume für Sozialverhandlungen auf Branchen- und auf Unternehmensebene, die das Rahmengesetz bietet, und der

4 Vgl. den Versuch einer Gesamteinschätzung der ersten drei Jahre Jospins in: Uterwedde (2000).

5 Vorwort in: *Politique économique 2000. Rapport économique, social et financier*, Paris: Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie 1999.

auch zu einer deutlichen Intensivierung des sozialen Dialogs geführt hat: Bis Oktober wurden insgesamt 40.000 Vereinbarungen in Unternehmen registriert, die 4 Millionen Beschäftigte betrafen und 232.000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Vor allem aber ist im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung die Möglichkeit einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeitpolitik in den Unternehmen gestiegen. Das führt zu ambivalenten Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit: Während sich vor allem kleinere Unternehmen in rasch wachsenden Märkten durch das Korsett der 35-Stunden-Woche eingeengt sehen, bietet die neue Regelung nach Ansicht von Sozialexperten auch die Chance, überkommene Organisationsschemata in den Unternehmen zu modernisieren und dadurch wettbewerbsfähiger zu werden – ein Weg, den zahlreiche Unternehmen mit ihren Beschäftigten ausgehandelt haben. Die Analyse erster Erfahrungen ergibt, dass die Politik der Arbeitszeitverkürzung kein Wundermittel gegen die Arbeitslosigkeit darstellt, sondern eher einen längerfristigen Prozess des Wandels eingeleitet hat, der über die Arbeitszeit hinaus auch andere Elemente wie die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen und -organisation sowie die sozialen Beziehungen in den Unternehmen berührt. Viel wird von der Fähigkeit der Akteure vor Ort abhängen, die in der Arbeitszeitverkürzung liegenden Chancen der Erneuerung zu nutzen.⁶ Was schließlich den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Regelung angeht, so spricht viel für das Urteil des Sozialexperten Bernard Brunhes: „Von nahe betrachtet, sind sie [die Aubry-Gesetze, H.U.] die Gelegenheit, den sozialen Dialog auf neuen Grundlagen zu beleben; in einem Land, das die Autorität des Gesetzes der Geschmeidigkeit des sozialen Dialogs und der privaten Vereinbarungen vorzieht, musste man vielleicht diesen Weg gehen, um zu erreichen, was in anderen Ländern durch den Dialog der Sozialpartner realisiert wird.“ (Brunhes, 1999, 67)

Bisher ist Lionel Jospin mit seinem Kurs des „Sowohl-als-auch“ nicht schlecht gefahren. Aber wird er ausreichen, um die strukturellen Probleme des Landes zu lösen? Während eine Reihe von Branchen bereits Mühe hat, geeignete Arbeitskräfte zu finden, sind noch weit über 2 Millionen Menschen ohne Arbeit und mehr Familien denn je von der Sozialhilfe abhängig. Schon warnen Experten davor, sich nur auf die gute Konjunktur zu verlassen, und mahnen Reformen an: Im Rentensystem, das ähnlich wie in Deutschland vor demografischen Problemen steht, dessen Reform aber verschoben worden ist;⁷ im Steuersystem, wo Finanzminister Laurent Fabius unter dem Eindruck der Steuersenkungen in Deutschland nach einem ähnlich symbolkräftigen Weg sucht⁸; aber auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, die sich energischer als

6 Vgl. *Travail et Emploi*, Nr. 82, April 2000, Dossier „Premiers regards sur les 35 heures“, S. 7-72.

7 Vgl. dazu Neumann (2000); vgl. auch den Beitrag von Mechthild Veil in diesem Jahrbuch.

8 Der am 31.8. vorgestellte Plan sieht Steuersenkungen in Höhe von 120 Mrd. Francs bis 2003 vor; zusammen mit dem bereits früher beschlossenen Steuersenkungen von 80 Mrd. macht dies ein Gesamtentlastungsvolumen von 200 Mrd. Francs aus. Vgl. dazu LM 1.9.2000, 1,6f sowie 2.9.2000, 6f.

bisher den strukturellen Ursachen für Arbeitslosigkeit widmen muss. So warnt der Chefökonom der *Caisse des dépôts et consignations*, Patrick Artus, davor, die mittelfristigen Gefährdungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu übersehen: unzureichende Investitionen, vor allem in die neuen Technologien; Engpässe auf den Arbeitsmärkten; fehlende Anreize für Bezieher des Mindest-Sozialeinkommens zur Arbeitsaufnahme, um nur einige zu nennen.⁹ Jospins Balanceakt zwischen dringenden Strukturreformen, den Erfordernissen seiner Koalition der „pluralen Linken“ und den Zwängen der Kohabitation wird umso schwieriger, je näher die Wahlauseinandersetzungen rücken.

Ökonomische Revolution auf leisen Sohlen

Die Politik der Regierung Jospins agiert auf einem ökonomischen Terrain, das sich seit fast zwei Jahrzehnten zunächst unmerklich, in letzter Zeit aber für alle sichtbar verschoben hat. Es ist nicht übertrieben, von einer „Revolution“ zu sprechen: „Frankreich hat den Kapitalismus gewechselt, fast ohne es zu wissen. Innerhalb von 15 Jahren ist es von einem Staats- zu einem Marktkapitalismus übergegangen. Das ist eine Revolution. (...) Sie transformiert die Gesamtheit der Wirtschafts- und Sozialordnung des Landes, die Art zu arbeiten wie die Bedingungen der Umverteilung oder des sozialen Dialogs.“¹⁰

Die Ablösung des tradierten, durch allgegenwärtigen Staatseinfluss gekennzeichneten Kapitalismus *à la française* durch einen Kapitalismus neuen Typs hat viele Facetten und umfasst eine Reihe von konvergierenden Entwicklungslinien.¹¹ Die seit 1986 vorgenommenen umfangreichen Privatisierungen haben die Unternehmenslandschaft grundlegend verändert und mächtige, dynamische private Unternehmensgruppen entstehen lassen. Dabei hat übrigens ironischerweise gerade die sozialistische Regierung Jospin eines der erfolgreichsten Privatisierungsprogramme der vergangenen 15 Jahre vorzuweisen. Die im Zuge des EU-Binnenmarktes vollzogenen Deregulierungen, vor allem aber die Liberalisierung der Finanzmärkte, haben die Rolle der Banken als traditionelle Kreditgeber der Unternehmen zugunsten der Kapitalaufnahme auf den Finanzmärkten zurückgedrängt: Der Gang an die Börse ersetzt den Gang zum Bankschalter.

Gleichzeitig hat sich die Internationalisierung der französischen Unternehmen sprunghaft beschleunigt. Dies betrifft zunächst die Handelsverflechtung und die Direktinvestitionen: Allein zwischen 1989 und 1995 hat sich der

9 Patrick Artus: L'économie française est-elle si solide? In: *Le Figaro*, 21.4.2000, S. XI.

10 Izraelewicz (1999, 279). Dieses Buch des früheren *Le Monde*-Chefredakteurs (er ist jetzt in gleicher Funktion bei der Wirtschaftszeitung *Les Echos* tätig) ist eine der klügsten Analysen – und dabei gut lesbar – des gegenwärtigen Wandlungsprozesses in Frankreich.

11 Vgl. dazu den Überblick von Uterwedde (1999).

Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Frankreich und französischer im Ausland verdoppelt. Das Plankommissariat hat in einem Bericht versucht, den Internationalisierungsgrad der Wirtschaft neu zu definieren und auch einen neuen Indikator dafür zu finden, der die Handels- und Investitionsverflechtung gleichermaßen erfasst (Rapport Bigay 1999). Das wenig überraschende Resultat: Die französische Industrie scheint stärker nach außen geöffnet als die meisten ihrer Konkurrenten. So betrug die Auslandsbeschäftigung französischer Firmen 1993 34,8 Prozent ihrer gesamten Beschäftigtenzahl (Deutschland: 20,3 Prozent) (ebd., 76). Aber auch die Kapitalstruktur der französischen Unternehmen hat sich in einem Maße geöffnet, das in Deutschland – noch – unvorstellbar ist: Etwa 40 Prozent des Wertes der an der Pariser Börse gehandelten französischen Unternehmen sind heute in den Händen ausländischer Anleger! Dies ist nicht nur eine sprunghafte Zunahme (von 10 Prozent im Jahre 1985), sondern auch der bei weitem höchste Öffnungsgrad im Vergleich zu den wichtigsten Partnern und Konkurrenten (Großbritannien: 9 Prozent, USA: 6 Prozent) (vgl. *Le modèle français* 1998).

Darüber hinaus hat sich mit dieser Entwicklung auch ein fundamentaler Wandel in der Kapitalstruktur der französischen Großunternehmen vollzogen und damit auch eine Veränderung ihrer Funktionsweise. Im alten Modell erlaubten die Nationalisierungen, aber auch die Bildung „stabiler Aktionärskerne“ im Zuge der Privatisierungen ab 1986 einen Schutz der Unternehmensleitungen vor unerwünschten Einflüssen und Übernahmeversuchen. Sie beruhten im Wesentlichen auf Überkreuzbeteiligungen befreundeter Firmen und Formen interner Kontrolle. Mit der Globalisierung der Finanzmärkte und dem Vordringen vor allem angelsächsischer institutioneller Investoren (z.B. Pensionsfonds) beginnen sich neue Kriterien der Unternehmensbewertung durchzusetzen und werden die französischen Unternehmensgruppen gezwungen, manche überholten Praktiken zu überwinden: „Die größten französischen Firmen werden den angelsächsischen Normen der Finanzverwaltung und der Kapitalverwertung unterworfen. Dieses Normendiktat ist (...) bei allen Unternehmen des CAC 40 (französischer Börsenindex, Anm. d. Red.) zu beobachten. Auf dieser Ebene handelt es sich um eine beträchtliche Umwälzung, deren Konsequenzen noch nicht zu überblicken sind.“ (*Le modèle français* 1998, 34) Dabei geht es um mehr als den allseits zitierten *shareholder value*; man macht es sich auch zu einfach, diese neuen Normen einseitig als Diktat kurzfristiger Profitinteressen zu denunzieren. Der Ökonom François Morin verweist auf eine Reihe von neuen Anforderungen an die Unternehmensleitungen, die zum einen auf mehr Transparenz der Entscheidungsstrukturen, vor allem ein stärkeres Gewicht der Aktionäre einschließlich der Minderheitenaktionäre abzielen (*corporate governance*), zum anderen ein anderes Kommunikationsverhalten, eine klarere Definition der Unternehmensstrategie und natürlich in erster Linie die Mehrung des *shareholder value* umfassen (ebd., 36-48). Für viele französische Unternehmen kommt dies einer kleinen Kulturrevolution gleich und bedeutet ein Ende mancher (auch politisch kolorierter) Seilschaften, die das Einflussnetz des Kapitalismus *à la française* gebildet

hatten, aber auch des selbstherrlichen Führungsprinzips, das durch extreme Zentralisierung und Personalisierung der Macht, die Festschreibung einmal eingenommener Machtpositionen und mangelnde Transparenz und Kontrollsysteme gekennzeichnet ist.¹²

Die starke internationale Öffnung der großen Firmen hat im übrigen eine Debatte neu belebt, die sich um die Frage dreht, wie „französisch“ die französischen Unternehmen eigentlich noch sind, wie stark ihre Bindungen an das französische Territorium und folglich auch die Steuerungsmöglichkeiten der Politik sind. Hier hat sich – entgegen manchen Kassandrarufern in Wissenschaft und Politik – die Überzeugung durchgesetzt, dass die verstärkte Globalisierung der Wirtschaft die Unternehmen nicht „staatenlos“ werden lässt und dass es weiterhin Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und Steuerung gibt – allerdings um den Preis einer Anpassung der staatlichen Politiken an die weltweit veränderten Konkurrenzverhältnisse. So kommt der erwähnte Bericht des Plankommissariats zu dem Schluss, dass „eine bedeutende Erneuerung der öffentlichen Politiken durchzuführen ist, sowohl in konzeptioneller Hinsicht als auch (...) in Bezug auf ihre Durchführung (...). Problematisch ist also nicht die Schwächung der staatlichen Macht als solche, sondern die mangelnde konzeptionelle und praktische Anpassung seiner Politik.“ (Rapport Bigay 1999, 241).

Dennoch wird der hohe Auslandsanteil am Kapital der großen Aktiengesellschaften als problematisch angesehen. Erik Izraelewicz verweist auf die Verwundbarkeit eines „Kapitalismus ohne (französisches) Kapital“ und fordert wie auch andere die Bildung französischer Pensionsfonds oder andere kollektive Sparformen (z.B. *épargne salariale*), um der französischen Wirtschaft eine stärkere einheimische Kapitalbasis zu geben. Die Regierung hat im Sommer 2000 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, der eine eher verhaltene Aufnahme fand. Denn die Arbeitnehmer-Sparförderung hat neben dem Ziel der Kapitalbildung auch eine gesellschaftspolitische Dimension, weil sie die alte Debatte über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensvermögen wieder neu aufwirft – ganz abgesehen von der Frage, inwiefern private Vorsorgeleistungen zur Rentenversicherung mit der Bildung von kollektiven Anlagefonds verknüpft werden können.¹³

12 So der Crédit-Lyonnais-Chef Jean Peyrelevade, dessen Bericht (Peyrelevade 1999) auf eine Arbeitsgruppe der Fondation Saint-Simon zurückgeht; vgl. auch Izraelewicz (1999, 205-243), der den Widerständen der *patrons* gegen das *corporate-government*-Modell ein ganzes Kapitel widmet. Das Problem wird in Wirtschaftskreisen bereits seit einigen Jahren diskutiert; vgl. Rapport Pébereau (1995).

13 Der Gesetzentwurf basiert auf dem Bericht von Belligand/Foucauld (2000). Eine erste kritische Einschätzung gibt Duval (2000).

Verheißungen einer „neuen Ökonomie“

Ein neues Zauberwort geht um in Europa: Die „neue Ökonomie“ (*nouvelle économie*). Der Begriff kommt aus den USA und stellt eine Interpretation der erstaunlich langen Expansionsphase der US-Wirtschaft in den 90er Jahren dar. Zahlreiche Beobachter sprechen von der Herausbildung eines neuen Wachstumsmodells, das zum einen auf der explosionsartigen Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, zum anderen auf der Liberalisierung und der Deregulierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte beruhe. Auf dieser Grundlage ließen sich zahlreiche neue Wachstumsfelder erschließen und Unternehmen gründen, die immaterielle Güter (Dienstleistungen, Informationen) vor allem über den Weg des Internet anbieten, verkaufen und verbreiten. Das außerordentliche Tempo neuer Entwicklungen (*e-commerce, e-business*) beflügelt zahlreiche Neugründungen von Unternehmen (*start-ups*), denen sich im Gegensatz zu klassischen Unternehmensgründern zahlreiche Finanzierungsmöglichkeiten bieten (etwa über den Neuen Markt an der Börse). Eng damit verbunden ist auch die Entwicklungstendenz zur Wissensgesellschaft und -wirtschaft, „einer Ökonomie, die ihre Fähigkeiten der Generierung, der Lagerung und der Kommunikation von Informationen erhöht“ (Petit 1999, 3) und in der neue Regeln der Wettbewerbsfähigkeit gelten; ferner sind damit Veränderungen des Arbeitslebens und der unternehmerischen Organisationsform verbunden. Die neue Ökonomie, so fasst es Bernard Maitre, ein Kenner der Szene, zusammen, „ist charakterisiert durch einen neuen Rohstoff – die Information –, durch eine neue Energiequelle – die Verarbeitungskapazität dieser Information durch die Computer – und durch ein neues Transportmittel: das Internet.“ (*Libération* 29.11.1999)

Ob es sich dabei um ein neues Wachstumsmodell handelt, das die „alte Ökonomie“ ablöst, ist derzeit noch umstritten, wird aber in Frankreich heftig diskutiert. So widmete der Jahreswirtschaftsbericht des Finanzministeriums 1999 dieser Frage ein ganzes Dossier.¹⁴ Denn die Kernfragen, die dahinter stehen, sind zum einen, ob wir uns auch in Europa am Beginn einer neuen langen Welle ökonomischer Expansion befinden, die sich auf der Grundlage der „neuen Ökonomie“ entwickeln und damit die mageren vergangenen Jahrzehnte ablösen könnte: So sieht Vivendi-Chef Jean-Marie Messier in der Net-Economy „das größte Wachstumsreservoir des nächsten Jahrhunderts“.¹⁵ Zum anderen zielen die Debatten auf den Kern des Wirtschafts- und Sozialmodells: Ist, wie manche glauben, eine Anpassung an das liberale angelsächsische Modell unumgänglich, um von den Segnungen der „neuen Ökonomie“ profitieren zu können? Oder haben diejenigen Recht, die auf Gefährdungen wie

14 Politique économique 2000. Rapport économique, social et financier, Paris: Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie 1999, Vorwort und S.11-29.

15 Zitiert nach: Laurent Mauriac: Nouvelle économie: le virus gagne la France, in: *Libération*, 12.11.1999.

die Entstehung gravierender Finanzkrisen oder die Verschärfung der Ungleichheiten verweisen? Die Zeitung *Libération* hat Ende 1999 ein Diskussionsforum eröffnet, in dem die ökonomischen, aber auch sozialen und politischen Dimensionen der *nouvelle économie* debattiert werden (www.liberation.fr). Pascal Petit, Forscher am *Cepremap*, verweist auf die ambivalenten Auswirkungen der *nouvelle économie*: Neue Märkte und damit neue Wachstumschancen entstehen; Innovation und Wissen nehmen eine Schlüsselfunktion für den Unternehmenserfolg ein; Netzwerk-Dienstleistungen und Partnerschaften werden sich entwickeln; die Arbeitsmärkte werden sich verändern; die Gefahr einer dualen Gesellschaft mit unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zur Internet-Welt wächst (Petit 1999). „In diesem Zusammenhang ist es von vitaler Bedeutung, dass unsere Gesellschaften starke Umverteilungslogiken in Gang setzen: in finanzieller Hinsicht, aber auch und vielleicht vor allem in Bezug auf Wissen und Know-how. Dies bedeutet kollektive Projekte, klare Gesellschaftsprojekte, die den herrschenden individuellen Logiken entgegenstehen.“ (Petit 2000, 39)

Ungeachtet dessen befindet sich Frankreich im Net-Fieber. Nach einem sehr zögernden Beginn – auch aufgrund des erfolgreichen, gegenüber dem Internet aber eine Sackgasse darstellenden Minitel-Bildschirmtextsystems – hat seit 1999 ein rasanter Aufholprozess eingesetzt. Die Zahl der Internet-Nutzer hat sich binnen kurzem verdoppelt, jeder zehnte Franzose hat in diesem Jahr einen Anschluss. Die Zahl der Unternehmensgründungen ist ebenfalls in die Höhe geschneilt, es entstehen neue *Start-up*-Viertel wie die *Republique Alley* oder das *Silicon Sentier*. „Noch nie hat sich Frankreich so schnell angepasst und sich die neuen Management-, Finanzierungs- und Organisationstechniken in so kurzer Zeit angeeignet“, fasst ein Beobachter die rasante Entwicklung zusammen¹⁶. Die Informationstechnologien machen – noch – nur 5 Prozent der Wertschöpfung aus, sind aber schon für 15 Prozent des Wachstums verantwortlich. Auch die Börsenkrise im Frühjahr 2000, die zahlreiche Firmen der „neuen Ökonomie“ erfasst hat, konnte den Boom nicht bremsen; sie hat aber für eine gewisse Bereinigung gesorgt, da die Goldgräber-Mentalität auch so manche zweifelhafte Blüte hervorgebracht hatte.

Optimisten sehen auch eine Erneuerung des Denkens und Handelns vor allem der jungen Talente. Mit der Generation der 20-35-Jährigen wächst ihnen zufolge eine neue Unternehmens-Gründerkultur heran; die Zeiten, in denen begabte junge Franzosen in erster Linie in den Staatsdienst strebten, scheinen vorbei. Demgegenüber gibt es skeptische Stimmen wie die von Olivier Cadic, der sich „nicht sicher [ist], ob Frankreich eine Risikokultur entwickelt (...). Wir haben große Ideen, große Verwaltungen, große Forscher und geringe Resultate“¹⁷. Auch Wirtschaftsminister Laurent Fabius mahnt, die Mentalitäten müssten sich weiter verändern. Darüber hinaus beginnt man erst allmählich, die ganze Tragweite der mit der *nouvelle économie* verbundenen

16 Zitiert nach: Retard français ou avance française?, in: www.nouvelle-economie.net.

17 Financial Times 7.7.1999, S. 3

Auswirkungen auszuloten (Lorentz 2000). Frankreich, so scheint es, steht wie seine Nachbarn erst am Anfang einer Welle, die weitreichenden Veränderungsdruck in Staat und Gesellschaft nach sich ziehen wird.

Wege und Irrwege der Refondation sociale

Die sozialen Auseinandersetzungen des Jahres 2000 haben ein neues Schlagwort hervorgebracht, seit Ernest-Antoine Seillière, Präsident des Unternehmerverbandes *Medef*, das Projekt einer *refondation sociale* ausgerufen und zur Verhandlung mit den Gewerkschaften gestellt hat. Dem *Medef* geht es dabei um eine grundlegende Neuordnung der Sozialbeziehungen im Bereich der paritätischen Selbstverwaltung der diversen Sozialversicherungsbranchen.

Worum geht es? Im Rahmen des „Paritarismus“, Kern des nach 1945 entstandenen Systems der Sozialversicherung, verwalten Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter in rund einem Dutzend einschlägiger Organismen Einnahmen und Leistungen der Krankenversicherung (Caisse Nationale d'Assurance-Maladie, CNAM), der Rentenversicherung (Caisse Nationale d'Assurance-Vieillesse, CNAV), der Zusatzrenten (AGIRC, ARCCO, ASF), der Familienbeihilfen (Caisse Nationale des Allocations Familiales, CNAF) und der Arbeitslosenversicherung (Unedic). Die Summe der Sozialleistungen betrug mit 1.737 Mrd. Francs (1999) mehr als das gesamte Staatsbudget. Allerdings ist das hehre Prinzip der Selbstverwaltung, Pendant der in der Regel gemeinsam aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen erfolgenden Finanzierung der Sozialkassen, seit geraumer Zeit ausgehöhlt worden: Nicht zuletzt wegen der immer stärkeren staatlichen Zuschüsse im Zuge der Finanzierungs- und Krisen des Sozialstaates ist der Staat längst ein unumgänglicher und letztlich entscheidender dritter Partner geworden. Das Juppé-Gesetz, das die finanzielle Entwicklung der Sozialversicherung einem jährlichen Votum der Nationalversammlung unterwarf, war die logische Folge dieser Entwicklung. Folgerichtig lag der *Medef* nicht ganz falsch, wenn er dem gegenwärtigen System vorwarf, an Effizienz und Legitimität verloren zu haben, und nach einer grundlegenden Neuordnung rief.

Mit seiner Lancierung der *refondation sociale* begab sich der *Medef* in eine Offensive, die eine inhaltliche und eine ordnungspolitische Stoßrichtung miteinander verbindet und Ausdruck einer grundlegend neuen Strategie des Unternehmerverbandes ist. Schon seit einiger Zeit tendierte der CNPF zum Ausstieg aus dem Paritarismus, in dem er sich mehr und mehr als unfreiwilliger Komplize eines ineffizienten, zunehmend kostspieligen Systems und der staatlichen Regulierung sah. Die von der Linksregierung per Gesetz beschlossene flächendeckende Einführung der 35-Stunden-Woche, die vom Unternehmerverband nicht nur inhaltlich strikt abgelehnt wurde, sondern auch als Affront gegen die Tarifautonomie aufgefasst wurde, wirkte als Auslöser für eine neue Gangart. Insbesondere der – letztlich gescheiterte – Versuch der

Regierung, die Kassen der Arbeitslosenversicherung *Unedic* für die notwendige Finanzierung ihrer Politik der 35-Stunden-Woche anzuzapfen, empörte nicht nur das Unternehmerlager. Auf seinem Verbandskongress im Januar 2000 beschloss der *Medef*, sich bis Ende 2001 aus sämtlichen paritätischen Sozialversicherungs-Kassen zurückzuziehen, es sei denn, eine umfassende Neuordnung würde mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Inhaltlich geht es dem *Medef* dabei um einen liberalen Ansatz, der die Beiträge senken soll und die Leistungen stärker an die individuelle Selbstverantwortung koppelt. Ordnungspolitisch geht es um die Stärkung der Selbstverwaltung durch die Verbände, um den Vorrang der sozialen Vereinbarung vor der staatlichen Regulierung, kurz: um die Verschiebung der Gewichte zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Demgegenüber war das Gewerkschaftslager in seiner Reaktion gespalten. Trotz mehrheitlicher Ablehnung der inhaltlichen Vorstellungen des *Medef*, die der Interessenpolitik der Unternehmen entsprachen, zeigten sie sich zu Verhandlungen bereit. Dabei spielte zum einen der Wunsch eine Rolle, den Raum der Sozialverhandlungen gegenüber dem staatlichen Zugriff zu wahren; auch sind sie dem Paritarismus schon deshalb verpflichtet, weil er für alle Gewerkschaftsorganisationen auch handfeste Vorteile in Gestalt von Netzwerken, Posten und Finanzierungsquellen bringt. Darüber hinaus hat vor allem die CFDT ein aktives Interesse an einer *refondation sociale*, da sie ihrem Selbstverständnis und ihrem Leitbild einer stärker durch soziale Selbstregulierung statt durch staatliche Interventionen gekennzeichneten Gesellschaft entspricht: „Wir stehen vor der zweifellos historischen Gelegenheit, die unersetzbare Rolle der kollektiven Verhandlung durchzusetzen als Mittel, ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Notwendigkeiten zu versöhnen.“¹⁸

So fanden sich am 2.2.2000 alle fünf repräsentativen Gewerkschaften zu einer Grundsatzdiskussion mit den Arbeitgeberverbänden bereit; als Ergebnis wurden Verhandlungen zu acht Themengruppen vereinbart, die von der Vertiefung der Sozialverhandlungen über die Arbeitslosenversicherung, die soziale Sicherung bis hin zur Rolle der *cadres* und zur beruflichen Ausbildung reicht. Als wichtigste Reformbaustelle und erster Bewährungstest für die Möglichkeit einer ausgehandelten *refondation sociale* stellte sich sehr schnell die Aushandlung einer neuen Rahmenvereinbarung zur Arbeitslosenversicherung heraus. Die dort verhandelten Neuorientierungen können als exemplarisch für den neuen Ansatz eines aktivierenden Systems der sozialen Sicherung stehen, der neben Rechten auch Pflichten der Betroffenen formuliert: Senkung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge; Einrichtung einer Vereinbarung zur Wiederbeschäftigung (*plan d'aide au retour de l'emploi*, PARE), der die Bezieher von Arbeitslosengeld zur Annahme von Arbeitsplat-zofferten oder zur Requalifizierung anhält; Schaffung befristeter Arbeitsver-

18 Nicole Notat: Les enjeux de la refondation sociale, zit. nach www.cfdt.fr/actualite/-refondation/analyse_notat.htm.

träge mit einer Vertragsdauer bis zu 5 Jahren in bestimmten Fällen.¹⁹ Im Gegenzug war der *Medef* bereit, die bisherige Degressivität der Arbeitslosengeldleistungen aufzugeben.

Der Testfall Arbeitslosenversicherung hat allerdings auch die vielfältigen Widerstände offenbart, die sich der *refondation sociale* in den Weg stellen. Waren am 24.5.2000 noch alle fünf Gewerkschaftsverbände bereit, den Grundprinzipien einer Reform zuzustimmen, so dezimierte sich im Verlauf der nächsten Wochen die Zahl auf schließlich zwei Verbände – CFDT und CFTC –, die die Vereinbarung am 29.6.2000 unterschrieben. Vor allem waren – entgegen manchen Hoffnungen – die alten Spaltungslinien zur CGT und zu *Force ouvrière* aufgebrochen, die im Namen der bisherigen Besitzstände die Reform verwarfen und im übrigen eher der linken Regierung als einer Verhandlungslösung trauten; auch die Gewerkschaft der Führungskräfte CFE-CGC sprang im letzten Moment ab.²⁰ Dies erleichterte es wohl auch der Regierung, der Vereinbarung die notwendige staatliche Anerkennung zu verweigern, wobei neben finanziellen Argumenten auch die Gefahr eines Zwei-Klassen-Systems angeführt wurde.²¹ Erst zähe Nachverhandlungen und inhaltliche Konzessionen erlaubten es, den Widerstand der Regierung zu brechen und die übrigen Gewerkschaften wieder ins Boot zu holen: Am 19.9. wurde die Vereinbarung besiegelt und daraufhin von der Regierung anerkannt.

Die Auseinandersetzung um die *refondation sociale* offenbart die außerordentlichen Schwierigkeiten aller Versuche einer – im übrigen dringend notwendigen – Erneuerung der Sozialbeziehungen: Wenig repräsentative Verbände, Zersplitterung des Gewerkschaftslagers, was Taktiererei und Ausbruchsversuche einzelner Gewerkschaften fördert, die dann weder die Mehrheit der organisierten Beschäftigten hinter sich wissen noch ein günstiges Kräfteverhältnis gegenüber den Arbeitgebern aufbauen können. Dies wiederum stärkt die intervenierende Rolle des Staates, der die Autonomie der Sozialpartner trotz aller Lippenbekenntnisse nur sehr selektiv zu respektieren bereit ist. Dennoch: Der Teufelskreis konnte durchbrochen werden, und so spricht einiges für die Einschätzung von Guy Groux, dass sich die Reformansätze von CFDT und *Medef* längerfristig durchsetzen könnten (Interview in: *Libération* 27.7.2000).

19 Vgl. *Le Point* Nr. 1448, 16.6.2000, S. 94-98.

20 Zu den Positionen der einzelnen Gewerkschaftsverbände und ihren Hintergedanken vgl. Mazzolini (2000).

21 Zur Begründung vgl. ausführlich LM 25.7.2000, S. 5.

Erneuerung der Politik?

Auch nach über drei Jahren funktioniert die *Cohabitation*, haben sich die Akteure an die Machtverteilung zwischen Premierminister und Präsident gewöhnt. Beiden bekommt sie im übrigen ausgezeichnet, wenn man die hohen Popularitätskurven Jospins und Chiracs betrachtet. Jospin kann eine alles in allem überzeugende Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit vorweisen: in den Fakten, wie der Wirtschafts- und Sozialentwicklung oder der Reformpolitik, aber auch in der Meinung der Franzosen. Kein Premierminister der V. Republik war, nach drei Jahren Amtszeit, so populär wie Lionel Jospin. 67 Prozent der Franzosen (gegen 26 Prozent) äußerten sich Ende Mai 2000 positiv zu seiner Regierungspolitik (*Le Nouvel Observateur* 1.-7.6.2000, 27). Das kleine Formtief um die Jahreswende 1999/2000, als dem Premierminister Immobilismus vorgeworfen wurde und glücklose Minister wie Claude Allègre und auch Christian Sautter (Finanzen) Proteste und Unverständnis produzierten, konnte Jospin durch seine Regierungsumbildung im März 2000 überwinden. Mit Jack Lang und Laurent Fabius übernahmen zwei aus dem Mitterrand-Kreis kommende politische Schwergewichte die Schlüsselämter der Regierung.

Demgegenüber präsentiert sich die Opposition zerstritten und in schlechter Form. Allein Präsident Chirac hat sich, nach der selbstverschuldeten Schlappe 1997 und dem anschließenden Formtief, wieder erholt und nutzt die – begrenzten – Möglichkeiten seines Amtes, etwa wenn er sich in der Außen- und Europapolitik profiliert, oder aber auch durch die Pflege eines volknahen Stils. Die Wahlauseinandersetzungen im März 2001 (Kommunalwahlen) und im Frühjahr 2002 werfen im übrigen ihre Schatten voraus und führen zu einer wahren „cohabitation de combat“, in der Premier und Präsident sich belauern, auf Fehlritte des Gegners warten und alle Register ziehen, um sich Platzvorteile zu verschaffen. Dies ist kein Klima, um notwendige, aber umstrittene Reformvorhaben zu verwirklichen; die Kunst des Verschiebens und Vertagens findet Anwendung, ob es sich um die Rentenreform handelt, um die Steuerreform oder um den Umbau der Finanzverwaltung. Auch die von Lionel Jospin im Sommer 2000 erreichte Entschärfung der hochexplosiven Situation in Korsika spielt geschickt mit dem Kalender und verweist auf ... 2004.

Lionel Jospin war 1997 mit dem Anspruch angetreten, den Stil seiner Politik und darüber hinaus die politische Kultur des Landes zu ändern. In diesem Zusammenhang sind 1999/2000 einige Weichenstellungen vorgenommen worden. So ist das Gesetz zur Parität bei politischen Kandidaturen am 3.5.2000 quasi einstimmig von der Nationalversammlung verabschiedet worden und wird bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2001 erstmals Anwendung finden. Frankreich hatte, bei allen Erfolgen in der beruflichen Gleichstellung, im Bereich seiner politischen Klasse einen besonders starken Nachholbedarf: Zwar waren im März 2000 in der Regierung Jospin 35 Prozent

Frauen, im 1999 gewählten Europaparlament sogar 40 Prozent und in den Regionalräten immerhin noch 25 Prozent; in der *Assemblée nationale* betrug der Frauenanteil indessen ganze 10 Prozent, im Senat gar nur 6 Prozent, in den Gemeinderäten 8 Prozent und den Generalräten 6,6 Prozent.²² Künftig gilt bei der Aufstellung der Listen für Gemeinderatswahlen in den Kommunen ab 3.500 Einwohnern (hier gilt Listenwahl bei starren Listen), dass eine gleiche Zahl von männlichen und weiblichen Bewerbern aufzustellen ist und die Parität auch innerhalb der aufeinander folgenden Sechserblocks einzuhalten ist; andernfalls werden die Listen nicht zugelassen. Dasselbe Prinzip gilt für die Listenaufstellung bei den Europa- und den Regionalwahlen. Im Senat muss in Departements ab 3 Senatoren (bei denen das Listen-Verhältniswahlrecht zur Anwendung kommt) die Parität ebenfalls im „Reißverschlussverfahren“ zur Anwendung kommen. Bei den Aufstellungen der Kandidaten zur Nationalversammlung in den 577 Wahlkreisen, wo eine gesetzliche Paritätspflicht nicht greifen kann, wird das Ziel über finanzielle Anreize erreicht: Die Parteienfinanzierung wird bei einer Abweichung von über 2 Prozent vom Paritätsziel stufenweise gekürzt.

Damit hat eine Debatte ihren vorläufigen Abschluss gefunden, die über zehn Jahre lang durchaus kontrovers geführt worden ist, vor allem was die Vereinbarkeit der Parität mit dem Prinzip des Republikanismus und die Gefahr des Kommunitarismus betrifft (Sineau 1999). Man darf gespannt sein, wie die allmähliche Umsetzung der Parität ab 2001 sich auf die Rekrutierungsmodi und die innere Struktur der Parteien und darüber hinaus auf Stil und Inhalt der Politik in den betreffenden Gremien auswirken wird.

Die Justizreform, eines der 1997 angekündigten ehrgeizigen Vorhaben der Regierung Jospin, dümpelt weiter vor sich hin. Zwar wurden Teilprojekte in Angriff genommen; mit dem Herzstück der Reform aber, der Stärkung des *Conseil supérieur de la magistrature* (CSM) sowie der Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte vom Justizminister, scheiterte Ministerin Elisabeth Guigou am Widerstand der Rechtsparteien. Diese weigerten sich, trotz einer konsensfähigen Formulierung und insbesondere der Zustimmung durch Präsident Chirac, dem Projekt zur notwendigen verfassungsändernden Mehrheit zu verhelfen. So verzichteten Regierung und Präsident auf unbestimmte Zeit, die entsprechenden Verfassungsrevisionen durch den Kongress in Versailles einzuleiten. Es bleibt ein Unbehagen, denn mit dem Vertrauen der Franzosen in ihr Justizsystem ist es nicht weit her: 58 Prozent der Befragten finden, dass es mangelhaft arbeitet; nur 36 Prozent glauben, dass die Justiz unabhängig von politischen Einflüssen ist.²³

22 Nach LM 9.11.1999 und Hoecker (2000).

23 Nach FAZ 22.1.2000, S. 8. Zu den Hintergründen der Justizreform vgl. Cohen-Tanugi (1997); Garapon/Pech (2000). Das *Frankreich-Jahrbuch* 2001 wird der – in Deutschland bislang nur wenig wahrgenommenen – Problematik des französischen Rechtssystems im republikanischen Staat ein eigenes Dossier widmen.

Gescheitert ist auch der Versuch, die Ämterhäufung drastisch einzuschränken. Der Versuch des Premierministers, mit „feudalen Strukturen“ (Jospin) aufzuräumen, ist am zähen Widerstand der Parlamentarier beider Kammern zerbrochen. So erblickte am 10.3.2000 ein zahnloses Gesetz das Licht der Welt, das künftig für Gemeinde-, General- und Regionalräte sowie für Europaparlamentarier nur noch 2 Mandate zulässt (davon nur eine exekutive Funktion wie Präsident des Generalrates oder Bürgermeister), für Abgeordnete der Nationalversammlung und Senatoren aber alles beim alten lässt. Dieser „parlamentarische Korporatismus“ (LM 10.3.2000, 15) bedeutet *business as usual* für die 423 von 577 Abgeordneten und die 199 von 321 Senatoren, die Ämterhäufung praktizieren, vor allem aber für das Drittel der Parlamentarier, das drei Wahlämter kumuliert. Die zähen, parteiübergreifenden Widerstände verweisen im übrigen auch auf die Tatsache, dass die Funktionsweise des französischen lokalen politischen Systems und der lokalen politischen Eliten geradezu auf den Doppelmandaten aufgebaut ist (Mabilleau 1991).

Bleibt das *Quinquennat*, die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre, die von den Abgeordneten im Juni ohne großen Enthusiasmus gebilligt und am 24.9.2000 zur Volksabstimmung gestellt wurde. Am positiven Ausgang des Referendums bestand kein Zweifel, denn diese Reform erscheint einer großen Mehrheit der Franzosen als überfällig. Aber auch die hohe Enthaltung war abzusehen (vgl. die Dokumentation in diesem Jahrbuch). Schon im Vorfeld hatten 62 Prozent der Befragten erklärt, nur wenig oder gar kein Interesse an der Debatte zu haben (*Le Figaro* 17./18.6.2000, 6). Was eine wegweisende Reform hätte werden können, wurde zu einer fast „technischen“ Änderung herabgestuft, die von den Politikern recht lustlos vertreten wurde. Dies liegt auch an der Genese des Vorhabens, die viel mit taktischen Spielen zu tun hatte: In einer seltenen Allianz zwangen Giscard d'Estaing und Premierminister Jospin Präsident Chirac, seine ablehnende bzw. abwartende Haltung in dieser Frage aufzugeben und eine Reform zu beschleunigen, die er lieber erst ein Jahr später gesehen hätte. Chirac wiederum mag das Kalkül bewogen haben, im Jahre 2002, wenn er 69 Jahre alt sein wird, bei einem nur fünfjährigen Horizont bessere Chancen auf eine Wiederwahl zu haben.

Bei so viel Taktik blieb wenig Raum für diejenigen, die das *Quinquennat* für eine umfassendere Verfassungsreform nutzen wollten. Diese wurden ausgebremst von einer großen Allianz von Politikern, die die „réformette“ möglichst geräuschlos über die Bühne bringen wollten. Was wird sie ändern? Der damit ab 2002 – jedenfalls im Prinzip – einsetzende fünfjährige Gleichlauf der Mandate für Nationalversammlung und Präsident löst per se keine der Probleme der gegenwärtigen Verfassung und lässt unterschiedliche Szenarien zu, was die künftige Machtbalance zwischen Präsident und Premierminister betrifft.

Abzuwarten bleibt auch, welche längerfristigen Konsequenzen die im Juli von Premierminister Jospin ausgehandelte Neuordnung für Korsika haben wird. Seit einem Vierteljahrhundert ist die Insel nicht zur Ruhe gekommen,

werden Forderungen von allen Seiten in allen Abstufungen gestellt, die von Kompetenzverlagerungen über legislative Vollmachten, Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit reichen. Begleitet wurde dies durch eine Blutspur der Gewalt, deren vorläufiger Höhepunkt 1998 die Ermordung des Präfekten Erignac war. Die Politik hat darauf mit allen möglichen Varianten reagiert: Für die Insel wurde mit dem Joxe-Statut von 1992 ein spezielles Statut geschneidert, das sowohl finanzielle Vorteile als auch Kompetenzgewinne brachte; die Regierung Juppé unternahm Geheimverhandlungen mit den im Untergrund arbeitenden Rebellenvertretern; Lionel Jospin praktizierte seinerseits nach 1997 zunächst eine Politik der Härte, die die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und den Gewaltverzicht zur Vorbedingung für jegliche Verhandlungen erhob. Nachdem dieser Kurs sich durch die illegalen Methoden des Präfekten Bonnet selbst diskreditiert hatte, vollzog Jospin schließlich einen Schwenk und begann Anfang 2000 Verhandlungen mit allen gewählten Vertretern Korsikas.

Der am Ende dieses Prozesses präsentierte Regierungsplan vom 20. Juli beschreibt verfassungspolitisches Neuland und erfordert im übrigen Verfassungsänderungen, die aber nicht vor 2002 angegangen werden sollen. Zur Vereinfachung der Verwaltung soll aus den beiden Departements eine einheitliche Territorialkörperschaft geschaffen werden. Neben steuerlichen Vergünstigungen und der Generalisierung des Korsisch-Unterrichts in den Grundschulen soll eine Reihe von weiteren Kompetenzen zugunsten der korsischen Region dezentralisiert werden. Vor allem aber verspricht die Regierung, „der Gebietskörperschaft Korsikas die Möglichkeit zu geben, (...) von gewissen gesetzlichen Bestimmungen abzuweichen, im Rahmen von Bedingungen, die das Parlament definiert“²⁴ – eine absichtlich umständliche Formulierung für die legislativen Befugnisse, die – wenngleich in engen Grenzen – erstmals einer Gebietskörperschaft zugestanden werden sollen.

Dass mit diesem Plan die Wurzeln des republikanischen Selbstverständnisses berührt sind, ist nicht erst mit der harschen Reaktion von Innenminister Chevènement klargeworden, der sich kurz vor Abschluss der Verhandlungen deutlich gegen den Regierungsplan aussprach und sein Unbehagen gegenüber einer „Teilung der legislativen Gewalt“ ausdrückte (LM 19.7.2000), bevor er im August – zum dritten Mal in seiner politischen Karriere – seinen Rücktritt einreichte. Chevènements Kritik wurde offensichtlich von einer Reihe von Ministern geteilt; auch die öffentlichen Reaktionen sind eher kritisch: Hat sich die Politik den Bombenlegern gebeugt? Werden die Zugeständnisse des Staates statt einer Befriedung nicht eine neue Welle von Forderungen auslösen? Wird anstelle des republikanischen Gesetzes nun das „Milieu“ herrschen? Und: Mit welchem Recht kann man anderen Regionen verweigern, was man den Korsen zugestanden hat?

Fragen über Fragen, die zeigen, dass nichts weniger als der Begriff der unveräußerlichen und unteilbaren Souveränität als Kernelement des französi-

24 Zitat und Einzelheiten des Regierungsplans nach LM 22.7.2000, S. 5.

schen Konzepts der Republik zur Disposition steht.²⁵ Ist ein Weg denkbar, der unter Wahrung der republikanischen Norm Spielräume für regionale Eigenarten eröffnet? Die angekündigte experimentelle Phase ist vielleicht nicht der schlechteste Weg, um sich auf diesem Neuland pragmatisch-vorsichtig vorzutasten und – warum nicht? – auch innovative Lösungen zu finden. Dann wird sich zeigen, ob alle Beteiligten, nicht zuletzt die korsischen Mandatsträger, genügend Verantwortung und politischen Mut aufbringen werden, um der Insel im Rahmen des französischen Staatsverbandes eine neue Chance eigenständiger Entfaltung zu geben.

Die volle Tragweite einer anderen, auf veränderte Werte und Verhaltensweisen reagierenden „weichen“ Gesellschaftsreform ist ebenfalls noch nicht absehbar. Mit dem *Pacs* (*pacte civil de solidarité*) schuf die linke Regierungsmehrheit ein neues Rechtsinstrument, das den außerehelichen Partnerschaften mehr Rechtssicherheit geben soll. Nach einer langen Vorgeschichte (der erste Gesetzentwurf des linken Abgeordneten Jean-Pierre Michel für einen *contrat d'union civil* geht auf 1992 zurück), einem parlamentarischen Scheitern im ersten Anlauf (im Oktober 1998 glänzten viele Abgeordnete der Regierungskoalition durch Abwesenheit) und nach über einjähriger parlamentarischer Debatte wurde am 14.10.1999 das Gesetz verabschiedet. Der *Pacs* ermöglicht nunmehr gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren, ihre Partnerschaft vertraglich bei einem örtlichen Gericht registrieren zu lassen. Damit verbunden sind steuerliche (gemeinsame Veranlagung), erbschaftsrechtliche sowie andere Vorteile und Verantwortungen.

Mit diesem Versuch, den längst veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung zu tragen und neben der Ehe andere rechtlich kodifizierte Formen der Partnerschaft zu schaffen, ist nicht nur eine heftige ideologische Auseinandersetzung über den Primat der Familie verbunden, die sich in vehementen Angriffen der rechten Presse und der Opposition äußert.²⁶ Er wirft auch eine Reihe juristischer, politischer und gesellschaftlicher Grundsatzprobleme auf, die mit dem verabschiedeten Gesetz bei weitem nicht gelöst sind (Théry 1999; Moutouh 1999).

Deutsch-französische Renaissance?

Spätestens im Frühsommer 2000 machte sich eine deutliche Renaissance der deutsch-französischen Zusammenarbeit bemerkbar. Sie beendete eine Phase der Dürre, die durch ungenügende Abstimmung, Missverständnisse und wechselseitige Vorwürfe sowie einen erschreckenden Mangel an gemeinsa-

25 Vgl. dazu Christadler (1999, 34).

26 So etwa die *Petition* von 113 Abgeordneten und 52 Senatoren der Opposition, die sich gegen die – im *Pacs*-Gesetz im übrigen ausgeschlossene – Möglichkeit der Adoption durch homosexuelle Paare aussprechen; vgl. *Le Figaro*, 20./21.5.2000.

men Projekten für Europa gekennzeichnet war. Schon in der Spätphase der Ära Kohl hatte der deutsch-französische Motor zu stottern begonnen, als beide Regierungen sich immer weniger in der Lage zeigten, sich aus der Gefangenschaft ihrer internen Widersprüche zu lösen und die vor der EU liegenden Probleme anzupacken. Dies alles vor dem Hintergrund der auf beiden Seiten noch nicht wirklich verarbeiteten fundamentalen Veränderungen in Europa seit 1989/90: „Frankreich tut sich schwer, seine moralische und politische Führungsrolle in einem Europa aufzugeben, das es nach seinem Ebenbild schaffen wollte. Deutschland weiß nicht allzu viel mit seiner wieder gefundenen Souveränität anzufangen...“²⁷

In einem solchen Klima gedeihen aufgeregte feuilletonistische Debatten. So fanden sich vor allem in Frankreich wieder einmal Autoren, die sich und ihren Lesern Gruselgefühle herbeischrieben. Ob es sich um die „Reise ans Ende von Deutschland“ des Altgaullisten und Rechtsauslegers Alain Griotteray (1999) handelt, um „Die deutsche Versuchung“ der Germanistin Yvonne Bollmann (1999) oder um das Traktat „Vom nächsten Krieg mit Deutschland“ von Philippe Delmas (1999): Alle diese 1999 erschienenen Bücher artikulieren mehr (Delmas) oder minder seriös (Griotteray, Bollmann) ihr Unbehagen gegenüber dem vereinten Deutschland, dem mächtiger gewordenen Nachbarn.²⁸

Nun sollten derartige Werke weder ihrem Inhalt nach noch in Bezug auf ihre Wirkung überschätzt werden. Aber entstanden sind sie in einem Klima, das in der Tat frostiger geworden war. Das Ende der Ära Kohl, der neue, zunächst etwas rüde Stil des außenpolitisch unerfahrenen neuen Kanzlers, dessen ideologische Affinität mit Tony Blair, die sich im Frühsommer 1999 im Schröder-Blair-Papier manifestierte, und die damit zusammenhängenden offensichtlichen Schwierigkeiten, mit Premierminister Jospin ein vertrauensvolles Verhältnis zu schaffen,²⁹ der Regierungsumzug nach Berlin und die Spekulationen um die neuen geopolitischen Koordinaten der „Berliner Republik“ – all dies und anderes fügte sich zu einem Bild der schleichenden Entfremdung zwischen Bonn/Berlin und Paris zusammen. Dazu schien auch mancher Bruch zwischen Unternehmen beider Länder zu passen, ob es sich um die Abkehr der Deutschen Telekom von ihrer strategischen Partnerschaft mit France-Télécom, die Zusammenarbeit der Deutschen Börse mit London statt mit Paris oder die zeitweilige Drohung der DASA handelte, ihren französischen Airbus-Partner durch eine Fusion mit British Aerospace zu dominieren.³⁰

In der Tat hat die deutsch-französische Zusammenarbeit aus den oben genannten Gründen eine schwere Formkrise durchlaufen, die aber das stabile Fundament des Verhältnisses nur zeitweise und nicht grundsätzlich erschüt-

27 Daniel Vernet: Wortreiche Sprachlosigkeit, in: *Die Welt* 10.4.2000, S. 9.

28 Vgl. auch die Rezension von Robert Picht in diesem Jahrbuch.

29 Vgl. dazu die aufschlussreiche Analyse in LM 27.6.2000, S. 4: Lionel Jospin a du mal à s'imposer en Allemagne.

30 Vgl. den für die Stimmung bezeichnenden Kommentar von Erik Izraelewicz: La France économique face à une perfide Allemagne, in: LM 27.4.1999, S. 1.

tern konnte. Schließlich hatte die Regierung Schröder nicht ohne Grund außenpolitische Kontinuität versprochen, die von Außenminister Fischer glaubhaft vertreten wurde. Das Auswärtige Amt und das Quai d'Orsay begannen, in gemeinsamen Seminaren eine gemeinsame Linie für die großen europapolitischen Themen zu erarbeiten, und erzielten dabei eine weitgehende Übereinstimmung, die auf dem Gipfeltreffen in Mainz im Mai 2000 offenkundig wurde. Dazu kamen die Erfahrungen der Kosovo-Krise und die deutsche Beteiligung an den Militäreinsätzen, die ein neues Stück realer Gemeinsamkeit mit Frankreich brachten. Die erfolgreiche Fusion der DASA mit Dassault-Aérospatiale, wie schon zuvor die Hochzeit von Hoechst und Rhône-Poulenc zum neuen Konzern Aventis, strafte die Kassandrarufe bezüglich der angeblichen Unvereinbarkeit deutscher und französischer Unternehmensstrategien Lügen. Überhaupt dürfen die nicht nur innenpolitischen Lerneffekte der Regierung Schröder nicht unterschätzt werden, an deren Ende die Erkenntnis der fundamentalen Interessengemeinschaft mit dem französischen Nachbarn manche Verstimmungen und Versuchungen der ersten Stunde in den Hintergrund gedrängt hat – ein Vorgang, der nicht zum ersten Mal in den deutsch-französischen Beziehungen zu beobachten ist.

Eine neue Dynamik in der Europadebatte

So steht am Ende einer mehrjährigen schwierigen Phase eine neue Euphorie, in der „eine neue Entente cordiale“ ausgerufen wird.³¹ Diese Renaissance deutsch-französischer Gemeinsamkeit basiert nicht nur auf einer gewandelten Stimmungslage. Sie manifestiert sich auch in konkreten Fortschritten bei der Lösung derjenigen europapolitischen Probleme, vor die sich die französische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2000 gestellt sieht, insbesondere die institutionellen Reformen der EU, die auf dem Gipfel in Nizza verabschiedet werden sollen. Nachdem die Frage der EU-Erweiterung und der vorherigen notwendigen Reformen jahrelang ein Zankapfel zwischen beiden Nachbarn gewesen war (Schild 1995), hat sich jetzt die gemeinsame Überzeugung durchgesetzt, dass nur grundlegende institutionelle Reformen die drohende Handlungsunfähigkeit einer erweiterten EU abwenden können. Die eigentlichen Konfliktlinien in dieser Frage – es geht um die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und die Stimmengewichtung im Rat sowie die Größe der Kommission – verlaufen nicht (mehr) zwischen Berlin und Paris, sondern „zwischen größeren und kleineren Mitgliedstaaten einerseits und ambitionierten und zurückhaltenden Regierungen andererseits.“ (Schild 2000, 3) Die seriöse Arbeit der Außenämter hat hier ihre verdienten Früchte getragen.

31 So *Le Point* 30.6.2000, S.48f.: France-Allemagne: Une nouvelle entente cordiale.

Das eigentlich Aufregende aber liegt in der Tatsache, dass die Reformdebatten durch eine neue Bereitschaft beider Seiten ergänzt werden, sich den grundlegenden Fragen nach der künftigen Verfasstheit Europas zu stellen und diese gemeinsam zu diskutieren, und dass hierbei vor allem in Frankreich eine neue Unbefangenheit sichtbar wird, tradierte Tabus zu brechen und damit auch den alten Widerspruch zwischen den großen Ambitionen einer *Europe puissance* und dem Kleinmut gegenüber den institutionellen Konsequenzen langsam aufzulösen.

Es begann mit einer europapolitischen Grundsatzrede Joschka Fischers in der Humboldt-Universität, die die bekannten föderalen Prinzipien der deutschen Europakonzeption mit einer in dieser Form neuen Anerkennung der unersetzbaren Funktion der Nationalstaaten verband. Fischers schon seit einiger Zeit formulierter Wunsch, eine Art Verfassungsdebatte anzustoßen, verstieß gegen ziemlich alle Regeln, die die Europaexperten und Bedenkensträger beider Nachbarn seit langem aufgestellt hatten: Eine Verfassungsdebatte verlasse den Grund, auf dem pragmatische Kompromisse gedeihen, und drohe die Spaltung zwischen Föderalisten und Anhängern der nationalen Souveränität offenzulegen. Sie drohe damit insbesondere die schwierigen Verhandlungen um die konkreten EU-Reformen zu belasten. So war es kein Wunder, wenn von Seiten der französischen Regierung die Fischer-Rede in erster Linie als Belastung der bevorstehenden französischen Ratspräsidentschaft und insofern als wenig hilfreich angesehen wurde. Sowohl Lionel Jospin als auch Außenminister Hubert Védrine reagierten allenfalls höflich-distanziert – eine Fehleinschätzung, wie sich bald herausstellen sollte: Denn Fischers Rede, die – auch – als Einladung zur Debatte an die französischen Nachbarn gedacht war, löste ein äußerst lebhaftes und grundsätzlich positives Echo aus.³² Sie hatte offensichtlich das Bedürfnis freigelegt, angesichts einer bevorstehenden historischen Wegmarke der EU endlich eine Grundsatzdiskussion über die künftige Verfasstheit Europas zu führen.³³ So sind kurz vor oder nach der Fischer-Rede eine Reihe von politisch gewichtigen Beiträgen und Plänen für das künftige Europa vorgestellt worden. Die Reihe der Autoren reicht von Valéry Giscard d'Estaing (gemeinsam mit Helmut Schmidt) über Jacques Delors, die Neogaullisten Alain Juppé und Jacques Toubon bis zum Zentristen Francois Bayrou gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit. Den vorläufigen Höhepunkt absetzte Jacques Chirac in seiner Rede vor dem Bundestag am 27.6.2000 anlässlich seines Staatsbesuches in Deutschland. Chirac griff dabei die Vorschläge Joschka Fischers auf und steuerte seinerseits Überlegungen „für eine europäische Verfassung“ (so der Titel der Rede) bei,³⁴ die eine ausgesprochen positive Aufnahme fanden – mit Ausnahme der französischen Regierung und

32 Mit der Ausnahme von Jean-Pierre Chevènement, der mit seiner Warnung vor einem „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation“ und missverständlichen Bezügen zum Erbe der NS-Zeit eine kurze Debatte auslöste, in Frankreich aber isoliert blieb. Vgl. auch das Streitgespräch Fischer-Chevènement in: *Die ZEIT*, 21.6.2000, S. 13-18.

33 Vgl. dazu schon den Rapport Quermonne (1999).

34 Text der Rede in LM, 28.6.2000, S. 16f.

der Sozialisten, die in der Rede in erster Linie taktische Elemente sahen und den politischen Punktgewinn des Präsidenten einzudämmen versuchten.³⁵

Die neue Europa-Debatte in Frankreich hat die tradierten Spaltungen zwischen „Europäern“ und „Souveränisten“ nicht auf wundersame Weise beseitigt, wie eine Analyse der diversen Vorschläge unschwer erkennen lässt (Schild 2000). Auch ist die von Chirac in seiner Rede vorgetragene Konzeption – mit Ausnahme des bisherigen Tabu-Wortes „europäische Verfassung“ – weit weniger revolutionär, als es manche euphorischen Kommentare glauben machen wollen.³⁶ Und dennoch: Es ist Bewegung in das französische – wie übrigens auch in das deutsche – Nachdenken über Europa gekommen. Die Breite der Debatte, ebenso die insbesondere für die Neogaullisten bemerkenswerte Öffnung für eine institutionelle Diskussion, die althergebrachte Tabus über Bord wirft, sind ermutigende Zeichen. Sie sind Ausdruck einer neuen Bereitschaft, Konsequenzen aus dem faktisch erreichten Stand der Integration, den weiterhin ehrgeizigen Plänen für ein starkes, handlungsfähiges Europa und der Herausforderung der kommenden Osterweiterung zu ziehen. Damit wird es dies- und jenseits des Rheins möglich, das bestehende Spannungsfeld zwischen nationalen und europäischen Elementen der Europäischen Union produktiv zu verknüpfen und sich dabei auf eine neue, gemeinsame Debatte einzulassen, ohne die die EU keine solide Basis haben wird. Vielleicht liegt hier ein bislang unterbelichtetes Element jenes Generationswechsels, der angeblich die tradierten Fundamente der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen untergräbt: „Unter den 30-40-jährigen Beamten und Politikern sind in beiden Ländern intelligente Köpfe mit selbstverständlich europäischem Denken anzutreffen. [Sie] rücken in Positionen vor, in denen sie Verantwortung bekommen. Andererseits sind sie noch weit genug von der Macht entfernt, um sich nicht von dem komplizierten Backwerk der Europa-verträge beeindrucken zu lassen.“³⁷

„Die französische Gesellschaft“, so formulierte Ingo Kolboom im letzten *Frankreich-Jahrbuch*, „hat sich heute Europa gegenüber mehr als jemals in diesem Jahrhundert faktisch geöffnet. Gerade weil diese Öffnung heute mehr ist als ein Diskurs über Europa, sind die realen Anpassungsprobleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, ganz zu schweigen von den kulturell-mental Räumen, enorm.“ (Kolboom 1999, 26) Die 1999/2000 sichtbar gewordenen Erneuerungsprozesse auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene, ebenso wie die unbestreitbaren Erfolge der vergangenen Jahre, haben in dieser Hinsicht deutliche Fortschritte gebracht. Frankreich hat die Erfahrung gemacht, dass die von Europa ausgehenden Anpassungszwänge dem Land nützen können und dabei die Gestaltungsmöglichkeiten nicht unbedingt verringert haben. Es ist heute in der Lage, die europäische Integration aus einer

35 Vgl. Premier „couac“ sur l'Europe dans la cohabitation, LM 1.7.2000, S. 3, und Chirac l'Européen, in: *Le Point* 30.6.2000, S. 46f.

36 Vgl. Laurent Zecchini: Jacques Chirac l'Européen? LM 5.7.2000, S. 1/15.

37 Jacqueline Hénard: Verhältnis ohne Gefühle, in: *Die ZEIT*, 18.5.2000, S. 7.

Position der Stärke und damit selbstbewusster als bisher anzugehen. Darin liegt eine große Chance, die von der Politik nicht verspielt werden darf.

Literaturverzeichnis

- Belligand, Jean-Pierre/Foucauld, Jean-Baptiste* de 2000: L'épargne salariale au cœur du contrat social, Rapport au Premier ministre, Paris: La Documentation Française.
- Bollmann, Yvonne* 1999: La tentation allemande, Paris: Michalon.
- Brunhes, Bernard* 1999: 35 heures, négocier le travail, in: Fabra, Paul u.a. (Hrsg.) 1999: Les 35 heures. Une approche critique, Paris: Economica, S. 51-67.
- Christadler, Marieluise* 1999: Neorepublikanismus gegen die Krise der Republik?, in: Frankreich-Jahrbuch 1999, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut u. a., Opladen: Leske + Budrich, S. 31-55.
- Cohen-Tanugi, Laurent* 1997: Comment „réformer la justice“?, in: Le Débat, Nr. 97, November-Dezember 1997, S. 108-113.
- Delmas, Philippe* 1999: De la prochaine guerre avec l'Allemagne, Paris: Jacob.
- Duval, Guillaume* 2000: Une réforme couteuse, un intérêt douteux, in: Alternatives économiques, Nr. 183, Juli-August 2000, S. 22-25.
- Garapon, Antoine/Pech, Thierry* 2000: L'impossible réforme de la justice. Bilan d'un échec politique, in: Esprit, Nr. 264, Juni 2000, S. 22-44.
- Griotteray, Alain* 1999: Voyage au bout de l'Allemagne, Paris: Ed. du Rocher.
- Hoecker, Beate* 2000: Geschlechterdemokratie im europäischen Kontext. Die Konzepte der Europäischen Union zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31-32, S. 30-38.
- Izraelewicz, Erik* 1999: Le capitalisme zinzin, Paris: Grasset.
- Kolboom, Ingo* 1999: „Ich sehe das Frankreich des 21. Jahrhunderts...“. Frankreichs Republik und Gesellschaft im Wandel, in: Frankreich-Jahrbuch 1999, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut u. a., Opladen: Leske + Budrich, S. 9-28.
- Le modèle français* 1998: Le modèle français de détention et de gestion du capital. Rapport au Premier ministre, Paris: La Documentation Française.
- Lorentz, Francis* 2000: Le deuxième âge de la „Net-économie“, in: Sociétal, Nr. 28, März 2000, S. 4-8.
- Mabileau, Albert* 1991: Le système local en France. Paris. Montchrestien.
- Mazzolini, Andrée* 2000: Jeu de rôles autour du nouveau contrat social, in: Le Nouvel Economiste, Nr. 1154, 16.6.2000, S. 52-56.
- Moutouh, Hugues* 1999: L'esprit d'une loi. Controverses sur le pacte civil de solidarité, in: Les temps modernes, Nr. 603, März-April 1999, S. 189-213.
- Neumann, Wolfgang* 2000: Die Zukunft unserer Renten. Reformdebatten in Frankreich und Deutschland, Aktuelle Frankreich-Analysen, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut, Nr. 15, Februar 2000.
- Petit, Pascal* 1999: Décoder la nouvelle économie, in: Problèmes économiques, Nr. 2642, 1.12.1999, S. 1-6.
- Petit, Pascal* 2000: La nouvelle économie a besoin de projets collectifs. Interview in: Alternatives économiques, Nr. 178, Februar 2000, S. 39.
- Peyrelevalde, Jean* 1999: Le gouvernement d'entreprise ou Les fondements incertains d'un nouveau pouvoir, Paris: Economica.
- Rapport Bigay* 1999: Commissariat général du Plan: La nouvelle nationalité de l'entreprise. Rapport du groupe présidé par Jean-François Bigay, Paris: La Documentation Française.

- Rapport Pébereau* 1995: Le capitalisme français du XXI^e siècle, Rapport du groupe de travail de l'IDEP présidé par Michel Pébereau, Paris: Institut de l'Entreprise, April 1995 (masch. Man.).
- Rapport Quermonne* 1999: Commissariat général du Plan: L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces, Rapport du groupe présidé par Jean-Louis Quermonne, Paris: La Documentation Française.
- Schild*, Joachim 1995: Deutschland, Frankreich und die EFTA-Erweiterung der Europäischen Union, in: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC) u.a. 1995: Handeln für Europa. Deutsch-Französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen: Leske + Budrich, S. 112-130.
- Schild*, Joachim 2000: Über Nizza hinaus. Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU. Aktuelle Frankreich-Analysen, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut, Nr. 16, August 2000.
- Sineau*, Mariette 1999: Zur Debatte über die Parität von Männern und Frauen: Argumente für eine neue Sicht der republikanischen Staatsbürgerschaft, in: Frankreich-Jahrbuch 1999, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut u. a., Opladen: Leske + Budrich, S. 67-80.
- Théry*, Irène 1999: Pacs, sexualité et différence des sexes, in: Esprit, Nr. 257, Oktober 1999, S. 139-181.
- Uterwedde*, Henrik 2000: Linker Pragmatismus. Die Wirtschaftspolitik der französischen Linken seit 1997, in: Eckard Hein/Achim Truger (Hrsg.) 2000: Perspektiven sozial-demokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg: Metropolis, S. 89-123.
- Uterwedde*, Henrik 1999: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel, in: Marieluise Christadler/Henrik Uterwedde (Hrsg.) 1999: Länderbericht Frankreich, Opladen: Leske + Budrich, S. 201-227.